Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 29 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 3. Februar 1939

Roosevelt am Pranger

In USA. ist ein Bombenflugzeug ganz neuen Typs abgestürzt. Zunächst nichts Auffälliges. Dann aber wird plötzlich bekannt, daß ein Fluggast mitabgestürzt ist, und zwar ein Franzose, Vertreter des französischen Luftfahrtministeriums und Mitglied der in USA. weilenden französischen Luftfahrtkommission. Man wird hellhörig. Was hat der Franzose in dem USA.-Bomber zu suchen? Die Flugzeugwerke mahnen zum Schweigen. Die Oeffentlichkeit wird jetzt erst recht mißtrauisch und verlangt Aufklärung. Der Präsident soll sich selbst äußern zu dem sehr mysteriösen Fall. Und er tut es. Wie erklärt er das Geheimnis? USA. hat große Flugzeuglieferungen mit Frankreich abgeschlossen, und der jüdische Finanzminister Morgenthau hat über die Köpfe der Parlamente hinweg den Franzosen die neuesten militärisch-technischen Geheimnisse der USA.-Luftbomber ausgeliefert. Ja, nicht einmal die amerikanische Heeresleitung hat die Bomber bisher besichtigen dürfen. Wir würden so etwas Landesverrat nennen. Herr Roosevelt und sein jüdischer Finanzminister denken anders darüber. Was heißt für sie schon Landesverrat! Sie machen Geschäfte mit Flugzeugen, mit militärischen Geheimnissen. Wie es gerade kommt.

Als das Volk eine Begründung für die unglaubliche Selbstherrlichkeit seines Staatspräsidenten verlangt, da holt Herr Roosevelt seine alte Platte wieder heraus. Er stimmt von neuem ein wildes Kriegsgeschrei an und wärmt den alten Schwindel von der Bedrohung Amerikas durch die „autoritären" Staaten wieder auf. Die dümmste Ausrede ist ihm gut genug, um das amerikanische Volk zu betrügen. Kein Wunder bei seiner Kriegshysterie, daß sich Roosevelt schließlich überschlägt und dann so ein Wort prägt wie: „Die Grenze Amerikas liegt am Rhein!". Es gibt Kreise in USA., die sich dabei des früheren Präsidenten Wilson erinnern, der sich als Richter über Europa aufwarf und nicht einmal über die primitivsten Kenntnisse in der Erdkunde Europas verfügte.

Was will denn Herr Roosevelt? Er will sabotieren um jeden Preis! Darüber sind wir uns klar. Ebenso klar sehen wir, daß er die Worte des Führers in der großen Reichstagsrede nicht begriffen hat. Jedenfalls scheint er die Versicherung des Führers, daß Deutschland wie mit allen Ländern so auch mit Amerika Frieden und Freundschaft wünsche, mit einer neuen wüsten Hetze gegen Deutschland beantworten zu wollen.

Roosevelt treibt ein gewagtes Spiel. Abgesehen davon, daß er sich als ein Politiker ohne jedes Verantwortungsbewußtsein erweist, der leichtfertig das Schicksal des amerikanischen Volkes aufs Spiel setzt, ist er ein ebenso schlechter Werber für sich und seine Taten. Wir wissen, Roosevelt kämpft um die Wiederwahl zum Präsidenten im Jahre 1940. Ihm wie der ganzen Welt ist klar, daß seine Präsidentschaft ein großes Fiasko für Amerika war. Dazu bedarf es keiner komplizierten Beweisführung. Ein New-Yorker Blatt hat sehr treffend davon gesprochen, daß Roosevelt eine patriotische Nebelwand zu errichten versuche, um dahinter die elenden Mißerfolge seiner Innenpolitik zu verbergen. Dasselbe Blatt hat dann die Scheinheiligkeit Roosevelts aufgezeigt, der sich als Retter der europäischen „Demokratien" aufspiele und nicht einmal imstande sei, die Arbeiter seines eigenen Landes zu retten. Das ist ein deutlicher Hinweis auf die 13 Millionen Arbeitslose in USA., die vergeblich nach Arbeit und Brot rufen. Das ist ein Hinweis auf die furchtbare Bauernnot in USA. als Folge einer irrsinnigen Landwirtschaftspolitik. Wenn man bedenkt, daß außer den 13 Millionen Arbeitslosen 18 Millionen Unterstützungsempfänger in USA. herumlaufen, für die die Regierung keine Arbeit hat, dann kann man sich ein Bild machen, wie groß die Ausmaße der Rooseveltschen Katastrophenpolitik im Zeichen seines sogenannten „New Deal" sind.

Um die Katastrophe zu verdecken und dem Volke Sand in die Augen zu streuen, hat Roosevelt mit gütiger Unterstützung seiner jüdischen Trabanten die hysterische Kriegshetze inszeniert, das Märchen von der Bedrohung Amerikas durch die autoritären Staaten erfunden und die Gefahr, in der die Demokratien angeblich schweben. Dann hat er seine Milliardenforderungen zur amerikanischen Aufrüstung gestartet, um wieder Geld in die Hände zu bekommen, das er in die Wirtschaft pumpen kann, in eine Wirtschaft, die ein Faß ohne Boden ist. So glaubt sich Roosevelt über die kritischen zwei Jahre bis zur Präsidentenneuwahl hinwegzuretten.

Wir können die Entwicklung der Dinge in USA. abwarten. Versteht Herr Roosevelt die freundlichen Mahnungen des Führers nicht, so wird man deutlicher werden müssen. Es liegt beim amerikanischen Volk, zu verhindern, daß der Staatspräsident es an den Abgrund führt. Wir trennen scharf zwischen Roosevelt und seinem Volke. Wir haben nichts gegen die Amerikaner. Aber wir werden Roosevelt nicht aus der Zange lassen, solange er nicht die niederträchtige Hetze gegen Deutschland einstellt.

Lustige Tierabzeichen helfen dem Winterhilfswerk!

Straffere Staatsführung gefordert

König Leopold sprach vor dem belgischen Ministerrat

Ein außerordentlicher belgischer Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Königs zusammentrat, dauerte etwa eine Stunde. Anschließend verlas Ministerpräsident Spaak folgende Verlautbarung: „Im Verlauf des Ministerrats, der ausschließlich den Problemen der Innenpolitik gewidmet war, hat der König insbesondere von der Notwendigkeit einer präzisen Wirtschaftspolitik gesprochen, ferner von der Anpassung der Staatshaushalte an die finanziellen Möglichkeiten des Landes und von der Aufrechterhaltung der sozialen Gesetzgebung. Ferner hat König Leopold über die Beobachtung der konstitutionellen Grundsätze, die Respektierung der Trennung der Regierungsvollmachten und über die Aufgaben des Staatsoberhauptes und seiner Minister gesprochen. Der König hat nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, ohne weitere Verzögerung die Verwaltungsreform durchzuführen."

Von unterrichteter Seite hört man, daß König Leopold seinen Kabinettsministern mit großem Nachdruck die Notwendigkeit einer strafferen Regierungstätigkeit nahelegte. Er soll besonders auch den Wunsch ausgedrückt haben, daß die gegenwärtigen starken Reibungen im parlamentarischen Getriebe, die die Regierungsautorität untergraben, verschwinden. In diesem Zusammenhang habe er betont, daß eine klare Trennung zwischen den Vollmachten der Regierung und des Parlaments vorhanden sein müsse.

Spaak angegriffen und verletzt

Stürmische Kammersitzung in Brüssel — Tumulte auf den Straßen

In der belgischen Kammer spielten sich erneut Tumultszenen ab, die zu einer längeren Unterbrechung der Sitzung führten. Die Aussprache drehte sich um den Plan des wallonischen sozialdemokratischen Abgeordneten Truffaut für die Einführung einer bundesstaatlichen Verfassung und die Verwaltungstrennung für Flandern und Wallonien. Die flämischen Nationalisten unterstützten das Projekt. Mehrere radikale Marxisten und kommunistische Abgeordneten forderten die Regierung auf, zu dem Projekt Stellung zu nehmen. Sie schleuderten Schimpfworte gegen Spaak und seine Kollegen.

Ministerpräsident Spaak erwiderte heftig, daß er die gegenwärtigen Methoden des Parlaments, das ihm dauernd Hindernisse in den Weg lege, satt habe. Es vergehe kein Tag, an dem man ihm nicht Apfelsinenschalen vor seine Füße werfe. Entweder helfe ihm die Kammer bei seiner Arbeit oder aber die Regierung werde zurücktreten.

Anschließend wurde das Projekt in der Abstimmung abgelehnt.

Während der Kammersitzung kam es wieder zu einigen Straßenkundgebungen von Frontkämpferabordnungen wegen der Ernennung des flämischen Professors Martens zum Akademiemitglied, die in der Kammer mit zwei Stimmen Mehrheit gebilligt war.

Der belgische Ministerpräsident Spaak wurde in der Nähe seiner Wohnung von mehreren Demonstranten angegriffen und verletzt. Die beiden Präsidenten des Frontkämpferverbandes und der „Feuerkreuzler" hatten die Wohnung des Ministerpräsidenten betreten, wo sie von seiner Gattin empfangen wurden und auf die Rückkehr des Regierungschefs warteten.

Als Spaak, begleitet von seinem Kabinettschef, kurz vor 21 Uhr mit seinem Wagen vor der Wohnung eintraf, wurde der Wagen von den Demonstranten angehalten. Spaak verließ darauf sein Auto, um sich eine Bahn durch die demonstrierende Menge zu brechen. In diesem Augenblick wurde er ins Gesicht geschlagen. Sofort eilten mehrere Polizisten herbei, die ihn aus seiner Lage befreiten und nach Hause führten. Spaak hat eine Stirnwunde davongetragen.

Nach dem Ueberfall hatte Spaak in seiner Wohnung eine Unterredung mit den Präsidenten der beiden Frontkämpferverbände, die sich gegen die Ernennung des Prof. Martens gestellt haben. Sie forderten Spaak auf, sein Amt als Ministerpräsident niederzulegen. Spaak erwiderte jedoch, daß er nicht daran denke, zurückzutreten, und daß er nur dem König und dem Parlament für seine Handlungen verantwortlich sei.

Immer näher an die französische Grenze

Die letzten roten Stützpunkte fallen

Inzwischen fällt ein roter Stützpunkt nach dem anderen in Katalonien in die Hände der nationalen Truppen. So ist jetzt die nordkatalanische Stadt Vich von den Franco-Truppen eingenommen worden, der Hauptstützpunkt der Katalonien-Bolschewisten. Nördlich von Vich erstreckt sich eine fruchtbare Ebene. Die Stadt liegt an der Hauptstrecke von Barcelona über Puigcerga nach Frankreich. Die Entfernung zur französischen Grenze beträgt von hier aus nur noch 55 Kilometer. Die Front verläuft nunmehr von Benavent bis Vich auf etwa 70 Kilometer Länge genau parallel der Grenze zu Frankreich. Auch nördlich von Vich wurden bereits mehrere Ortschaften von den nationalen Truppen besetzt.

Die Zersetzung des sowjetspanischen Heeres schreitet immer weiter fort. Unter den Gefangenen befinden sich oft ganze Kompanien, die gar keinen Führer mehr haben. Die nationale Luftwaffe belegt die sowjetspanischen Stützpunkte mit Bomben und unterstützt damit die Auflösung der roten Verbände.

Eroberung der Kreisstadt Berga

Noch 35 Kilometer von der Grenze

Bedeutungsvoll ist die Eroberung der wichtigen Kreisstadt Berga durch das Urgel-Korps. Es handelt sich um die letzte Kreisstadt der Provinz Barcelona, die sich bisher noch in den Händen der Roten befand. Der Ort hat 5000 Einwohner und bedeutende Textilindustrie. Der Gegner versuchte den wichtigen Punkt hartnäckig zu verteidigen, was jedoch vergeblich blieb.

Mit der Einnahme von Berga, die nach der Besetzung des Queralt-Gebirges und anschließender Einkreisung der Ortschaft erfolgte, sind die nationalen Truppen nunmehr auf 35 Kilometer an die französische Grenze bei Puigcerda herangerückt.

Menschen an den Füßen aufgehängt

Wie die bolschewistische Tscheka in Barcelona wütete
Unglaubliche Foltermethoden

Der nationalspanische Innenminister Serrano Suner, der Barcelona einen eingehenden Besuch abgestattet hat, schildert die Zustände, die in der katalanischen Hauptstadt unter der Herrschaft der Roten geherrscht haben. In der Stadt ist, wie der Minister erklärt, die blutige Spur Sowjetrußlands sichtbar, denn Barcelona sei nach sowjetrussischem Muster verwaltet worden.

Die bolschewistische Tscheka habe einen furchtbaren Terror ausgeübt. Sie verfügte über eine Anzahl von Einzelzellen, deren Wände in kräftigen Farben gehalten waren. Der Fußboden war mit scharfkantigen Erhöhungen versehen, so daß normales Sitzen unmöglich war. Vorsprünge an den Wänden luden zum Sitzen ein, jedoch waren sie so abschüssig, daß ein Ausruhen auf ihnen gleichfalls unmöglich war. Die Zellen wurden Tag und Nacht von hellstem Licht durchleuchtet, das vereint mit den Farben der Wände bei den Häftlingen einen Zustand hochgradiger nervöser Erregung hervorrufen sollte. Das eintönige stete Ticken eines Pendels verstärkte die Nervenqual. Die unterirdischen Zellen waren kugelförmig und wurden durch Oberlicht erhellt. Die Wände waren schwarz ausgekleidet, so daß das strahlende Oberlicht die Insassen langsam zum Wahnsinn treiben mußte.

Gerettete ehemalige Häftlinge berichten, wie die Insassen verschiedentlich versuchten, sich die Köpfe an der Wand einzurennen, was heute noch Blutflecke bezeugen. Eine weitere Tortur bestand darin, die Opfer an den Füßen aufzuhängen und als Pendel zwischen den Wänden hin und her zu schwenken. Jedesmal wenn das Opfer mit dem Kopf gegen die Wand stieß, erfolgte automatisch eine Dusche kaltes Wasser.

Der Innenminister hob hervor, daß künftig alle Spanier und Ausländer Gelegenheit haben würden, persönlich die furchtbaren Einrichtungen der sowjetrussischen Tortur zu besichtigen. Die Welt möge daraus erkennen, von welchen Greueln sowjetrussischen Musters General Franco Spanien befreite, eine Gefahr, die auch einen großen Teil des Auslandes bedrohe. Der Besichtigung der bolschewistischen Tscheka-Einrichtungen wohnten die Auslandskorrespondenten bei.

Erkennt Frankreich Franco an?

Daladier: „Die Angelegenheit macht Fortschritte"

An der Spitze einer Abordnung der sogenannten französisch-spanischen Kammergruppe sprach der ehemalige französische Ministerpräsident Flandin bei dem Ministerpräsidenten Daladier vor und forderte die sofortige Entsendung eines französischen Vertreters bei der nationalspanischen Regierung in Burgos. Der Außenpolitiker des Pariser Blattes „Ordre" will wissen, daß Daladier erklärt habe, „die Angelegenheit mache Fortschritte", und die Regierung werde über die Frage einer Botschaft bei der Franco-Regierung „zu gegebener Stunde" eine Entscheidung fällen.

Das Blatt will daraus schließen, daß der Gedanke der Entsendung eines diplomatischen Vertreters nach Burgos bei Daladier Anklang gefunden habe. Der gewöhnlich gut unterrichtete Innenpolitiker des rechtsstehenden Blattes „Epoque" erklärt gleichfalls, daß die Frage einer französischen Vertretung in Burgos Fortschritte gemacht habe, doch werde die Entscheidung erst fallen, wenn der Minister-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF